

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 16 – Willkürliche Preiserhöhungen an Tankstellen unterbinden

Dazu sagt die Sprecherin für Verbraucher*innenschutz der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ulrike Täck:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 168.22 / 01.09.2022

Die Preise steigen nicht weniger, nur weil sie seltener steigen

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleg*innen

Der SSW fordert, dass die Preise nur noch einmal pro Woche angepasst werden sollen. Ich gebe zu, dass ich die Idee zunächst charmant fand.

Aber bei zweiter Betrachtung der Konsequenzen daraus, kommt man unweigerlich zu einer anderen Schlussfolgerung: Die Ölkonzerne würden zwar weniger häufig, aber dann mit größeren Schritten die Preise steigern. Die verzichten doch nicht auf Preiserhöhungen!

In Österreich versucht man dieses Model. Einmal täglich um 12:00 Uhr können Erhöhungen stattfinden. Aber zu niedrigeren Preisen führte es mittelfristig nicht, sondern kurzfristig zu Tanktourismus.

Auch in Dänemark sind die Preise nur auf den ersten Blick stabiler. Eine statistische Auswertung ergab, dass der Preis in Westjütland nur alle 3,3 Tage, in Richtung der Ballungszentren hingegen einmal am Tag geändert wird. Was ist in Westjütland los? Es gibt dort weniger Tankstellen. Man stellte nämlich fest, dass die Häufigkeit der Preisänderungen eine Funktion der Tankstellendichte ist.

Auch wird in dem Antrag gefordert, dass zu Ferienzeiten keine Preiserhöhungen stattfinden sollen.

Liebe Anwesende, dieses bevorzugt Auto fahrende Tourist*innen gegenüber Gästen, die mit der Bahn klimaneutral und energieeffizient zu uns kommen.

Zudem können hier noch rechtliche Fallstricke sein. Verstößt der Vorschlag dieses Antrages vielleicht gegen Preisordnungsrecht und die Preisangabenverordnung des Bundes?

Wenn dieser Antrag wenigstens etwas gegen die koordinierte Preiserhöhung der Ölkonzerne im Köcher hätte – hat er aber nicht.

Liebe Anwesende, der Antrag der SSW unterschätzt nicht nur das Gewinnstreben der Ölkonzerne, er ignoriert das Problem der koordinierten Preisabsprachen er missachtet den Klimaschutz und verstößt eventuell gegen das formelle Preisrecht.

Er ist damit abzulehnen.
